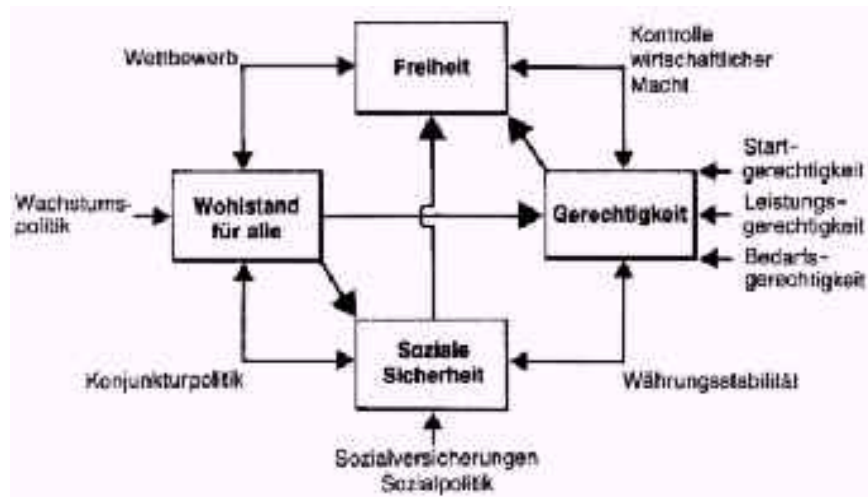




Chiles Weg zur Sozialen Marktwirtschaft

- I. Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung**
- II. Die Wirtschaftspolitik unter Pinochet**
- III. Mitte-links-Regierungen mit liberaler Wirtschaftspolitik**
- IV. Sozialpolitik ab 1990**
- V. Soziale Marktwirtschaft und Katholische Soziallehre**
- VI. Soziale Marktwirtschaft als Option für die Armen**
- VII. Langfristige Ordnungspolitik**



I. Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung

Chile erscheint heute in Lateinamerika als **"Fels in der Brandung"**. Trotz Argentinienkrise, Turbulenzen in Brasilien, Unruhen in Venezuela und nun auch Bolivien widersteht die Wirtschaft Chiles negativen Einflüssen. Chile wird als **"sicherer Hafen"** der Region eingeschätzt. So liegt die Inflationsrate mit 2,0% in 2003 am unteren Ende des von der Zentralbank angestrebten Inflationsbandes von 2 bis 4%. Chile würde 2003 alle Maastricht Kriterien zur Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunionen erfüllen. Nachdem das Land jahrelang (1990-1997) an Wachstumsraten von über 7% jährlich gewöhnt war, waren die Folgen der **asiatischen Finanzkrise 1998/99** um so einschneidender. Immerhin gehen ca. ein Drittel der Exporte nach Fernost. Erstmals mußte man sich 1999 mit einer schrumpfenden Wirtschaft abfinden (-1%). Für das Jahr 2000 konnte jedoch schon wieder ein Wachstum von 4,4% erreicht werden, 2001 schloß mit 2,8% und 2002 mit 2,1% Zuwachs des BIP ab. Die für 2003 prognostizierten 4% werden im regionalen und globalen Umfeld als hoch

bewertet. Optimistisch zeigt sich der Internationale Währungsfond (IWF), der Chile ein Wirtschaftswachstum von etwa 5 Prozent für die nächsten fünf Jahre prophezeit.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf belief sich im Jahr 2002 auf rund 4.230 US\$, eine Größenordnung, die sich im Vergleich mit den meisten der osteuropäischen EU-Beitrittsländer sehen lassen kann. Eine wesentliche Erhöhung des Wachstumstempos erhoffen sich Wirtschaftsexperten aufgrund der **Freihandelsabkommen** (EFTA (*European Free Trade Association*), Mercosur (*Mercado Común del Sur*), EU (Europäische Union), NAFTA (*North American Free Trade Agreement*) und Südkorea) ab 2003 bzw. 2004, vorausgesetzt die Weltwirtschaftskonjunktur wird nicht durch unvorhergesehene Ereignisse erschüttert.

Die **Handelsbilanz** des Andenstaates verzeichnete 2002 Importe im Wert von 15,8 Mrd. US\$ (FOB), während sich die Exporte auf 18,3 Mrd. US\$ (FOB) beliefen. Für 2003 wird ein Exportvolumen von 20 Mrd. US\$ erwartet, wobei das Ergebnis entscheidend von den internationalen Preisen für Kupfer, Zellulose, Agrar- und Fischereiprodukten abhängen wird, deren Tendenz gegenwärtig steigend ist. Aus Deutschland wurden im Jahr 2002 Waren im Wert von 651,5 Mio. US\$ eingeführt. Der Export nach Deutschland betrug 425,7 Mio. US\$.

Obwohl Chile in Lateinamerika ein Ausnahmefall ist, verbleibt die **Arbeitslosigkeit** auf einem empfindlich hohen Niveau. Deren Abbau ist eines der Hauptanliegen der jetzigen Regierung unter der Präsidentschaft des Sozialisten **Ricardo Lagos**, der Chile seit 2000 regiert. Vor der Asienkrise 1998/99 lag die Arbeitslosigkeit bei ca. 6% (1996: 6,4; 1997: 6,1; 1998: 6,4). In den Folgejahren pendelte sie sich bei 9% ein (1999: 9,8; 2000: 9,2; 2001: 9,1; 2002: 9,0). Im Febr. 2003 lag die Arbeitslosigkeit

wieder bei 7,9%. Im Jahresdurchschnitt 2004 erwartet man einen Rückgang auf 7,2% und 2005 auf etwa 6%, vorausgesetzt der positive Trend der Weltwirtschaft und der hohe Kupferpreis setzen sich fort.

II. Die Wirtschaftspolitik unter Pinochet

Das heutige Wirtschaftssystem Chiles wurde in den Grundzügen unter der Militärregierung Pinochets geschaffen. Da die meisten der seinerzeitigen Wirtschaftswissenschaftler in Regierungsverantwortung an der "University of Chicago" zwischen 1955 und 1963 unter **Milton Friedman** studiert hatten, wurden sie von chilenischen Medien als "**Chicago-Boys**" bezeichnet.

Die "Chicago-Schule" ist eine **neoliberale Strömung** der Nationalökonomie des 20. Jahrhunderts, die sich gegen den vorherrschenden Keynanismus richtet. Ihr Einfluß geht auf die "Österreichischen Schule" (Ludwig von Mises, Friedrich von Hayek u.a.) zurück. Hauptvertreter sind Milton Friedman und George J. Stigler. Diese Richtung betont die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Steuerung gegenüber jeglicher staatlicher Regulierung und bürokratischer Bevormundung der Wirtschaft. Privatisierung bewirke rationellere Lösungen. Staatliche Wirtschaftstätigkeit weise grundlegende Funktionsmängel auf. Staatliche Konjunkturpolitik führe zu Instabilitäten. Die "Chicago-Schule" setzt auf Geldmengensteuerung und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik.

Die „Chicago-Boys“ gingen davon aus, daß der staatliche Protektionismus und Interventionismus die Wirtschaft Chiles ineffizient macht und Wettbewerbsnachteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz auslöst. Das Ziel des neuen Wirtschaftssystems war es, die Marktmechanismen in kürzester Zeit durch folgende Schritte wieder funktionsfähig zu machen:

- Bekämpfung der Inflation,
- Reduzierung des Staatsbudgets und der Geldemission,
- Korrektur des Wechselkurses,
- rasche Eingliederung in die Weltwirtschaft durch eine stärkere Exportorientierung,
- Ausgleich des Staatshaushaltes,
- Verkleinerung des Beamtenapparates,
- Kürzung der Sozialausgaben,
- Privatisierung und Reprivatisierung,
- Liberalisierung der Preise und Märkte.

Von 1975 bis Anfang der achtziger Jahre führte die Regierung eine "**Schocktherapie**" à la **Friedman** durch, die das Zahlungsbilanzdefizit verringern und Preisstabilität sichern sollte. Diese Wirtschaftsstrategie führte zu Massenarbeitslosigkeit, Kaufkraftverlusten, Wohnungsnot. Der Lebensstandard vieler Chilenen verschlechterte sich dramatisch. Betroffen waren aber besonders die ärmsten Bevölkerungsschichten. Chiles Wirtschaft in den Händen der "Chicago-Boys" machte hektische Schwankungen durch. Die Wirtschaftskrise 1982/83 verursachte schwere sozioökonomische Schäden, die auch politische Rückwirkungen für die Reputation der Regierung zeigten, da die Militärs sich in erheblichem Maße auf den wirtschaftlichen Erfolg stützten.

Die Regierung vertraute daraufhin einer neuen Generation von Ökonomen, die Distanz zum "Friedman-Modell" zeigten, die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise an. Trotz aller wirtschaftlichen Erfolge dieser zweiten Generation von chilenischen Wirtschaftspolitikern in Pinochets Regierung, blieb die Einkommensverteilung weiterhin sehr ungleich. Das

Wirtschaftswachstum kam unter der Militärregierung nicht allen Bevölkerungsschichten zugute, und die extreme Liberalisierung der Wirtschaft brachte große soziale Probleme hervor.

„Schocktherapie oder der Patient stirbt“ - das war die Diagnose der „Chicago Boys“ in Chile vor fast 30 Jahren. Heute ist das Land der ökonomische Star Lateinamerikas. Trotzdem behaupten einige, daß die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Militärregierung weniger damit zu tun hatten, als gemeinhin angenommen wird.

Wenn heute jemand die Amtszeit von Augusto Pinochet (1973 bis 1990) verteidigt, dann geschieht das gewöhnlich mit den Worten: *„Schaut, was er aus dem Land gemacht hat.“* Chiles Wirtschaft ist das allseits bewunderte Vorbild in Lateinamerika. Man ist stolz auf das Gütesiegel des Weltwirtschaftsforums und das Investment-Grade-Rating der US-Agenturen. Mit Neid schauen die Nachbarn auf die Oase der Stabilität. Für Peruaner und Bolivianer ist Chile seit langem ein Magnet. Inzwischen wandern selbst die stolzen Argentinier ein, um Jobs zu finden.

Für die Anhänger der Militärregierung ist klar, wem das Wirtschaftswunder zu verdanken ist: den „Chicago Boys“, jenen radikalen Ökonomen, die die monetaristischen Theorien Milton Friedmans ab 1975 in Chile ausprobieren durften. Die Laborbedingungen waren ideal: Die Inflation lag nach dem fehlgeschlagenen **sozialistischen Experiment Salvador Allende Gossens** (Präsident 1970-73) bei über 500 % p. a.. Politische und gesellschaftliche Störfaktoren waren ausgeschaltet. Die Akademiker hatten dank der Diktatur freie Hand.

Aus dem Norden gab es Applaus. Das "Wall Street Journal" empfahl dem damaligen US-Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan (U.S. Präsident 1981-1989) , "diese Jungs" nach Amerika zu holen, um auch dort eine

ähnliche Schocktherapie durchzuführen. Andere stimmten in den Chor ein: *"Die Bereitschaft der Chicago Boys, für einen grausamen Diktator zu arbeiten, war eins der besten Dinge, die Chile je paßiert sind"*, schrieb Nobelpreisträger Gary Becker 1997 in "Business Week".

Doch war es das wirklich? Bei aller Erfolgsrhetorik wirkt die Bilanz der „Chicago Boys“ im Rückblick eher enttäuschend: Das durchschnittliche Wachstum zwischen 1973 und 1990 lag bei mageren 2,9 Prozent - nicht besser als der weltweite Durchschnitt. Der Durchschnittslohn sank während der Pinochet-Ära, und der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze stieg von 20 auf 44 Prozent.

"Unter der Demokratie haben wir bessere Resultate geschafft", sagt **Ricardo Ffrench-Davis**, ehemaliger Chefvolkswirt der chilenischen Zentralbank und heutiger Berater der VN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLAC). In den goldenen Jahren von 1990 bis 1997 wuchs die chilenische Wirtschaft um durchschnittlich 7 %. Durch die Asienkrise verlangsamte sich das Wachstum auf durchschnittlich zweieinhalb Prozent - was aber immer noch doppelt so hoch war wie im Rest Lateinamerikas.

Laut Ffrench-Davis war es ausgerechnet die Radikalität der Schocktherapie, die ein höheres Wachstum unter Pinochet verhinderte. *"Sie verursachte extreme Volatilität"*, erklärt der Ökonom. Auf Phasen des hohen Wachstums folgten tiefe Abstürze, die den Durchschnitt drückten: Allein 1982 schrumpfte die Wirtschaft um 14 Prozent.

Erst als das Militärregime nach der Krise 1982 einen Prozeß der **Re-Regulierung und vorsichtiger Staatsinterventionen** einleitete, kam die Wirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumspfad. Diese Änderungen in der Wirtschaftspolitik widersprachen aber der Lehre der „Chicago Boys“. So verteilte die Regierung z. B. Geld an bankrotte Unternehmen, was ein

Widerspruch gegenüber den monetarischen Theorien bedeutete, da der Markt die Firmen zum Sterben verurteilt hatte.

In Chile wurden 1981 **private Rentenfonds** nach dem Kapitaldeckungsverfahren eingeführt, die mit dem weiterbestehenden staatlichen System konkurrierten. Bereits 1989 waren 90 Prozent der arbeitenden Bevölkerung auf die private Vorsorge umgestiegen. Bereits die Hälfte der von den rund zwanzig Privatfonds erwirtschafteten Durchschnittsrenditen würde ausreichen, um einem Rentensparer, der zehn Prozent seines Lohnes 40 Jahren eingezahlt hat, eine Rente in voller Höhe seines letzten Lohnes zu garantieren. Die chilenische Sparquote liegt mit 26 Prozent weit über der anderer Länder. Im sozialdemokratischen Modell Schweden liegt sie bei nur 8 Prozent bei allerdings wesentlich höheren Steuersätzen.

III. **Mitte-links Regierungen mit liberaler Wirtschaftspolitik**

Die demokratische Mitte-links-Koalition, die 1990 die Regierung übernahm, ruderte dann noch weiter zurück als es Pinochet ab 1982 bereits getan hatte. Die Rolle des Staates als wirtschaftlicher und sozialer Ordnungsfaktor wurde ausgebaut. Unter anderem etablierte die Regierung Hürden für ausländisches Kapital, um Spekulanten abzuschrecken - eine Politik, die Chile vor der "Tequila-Krise" 1994 bewahrte, die Mexiko fast in den Bankrott trieb. "*Stabilität ist die wichtigste Bedingung für gutes Business*", sagt Ffrench-Davis.

Sicher, die **Handschrift der „Chicago Boys“ ist in Chile bis heute nicht zu übersehen**. Das beginnt beim niedrigen Steuersatz von 20 Prozent und

endet bei den Freihandelsabkommen mit Regionen und Ländern für die wichtigsten Absatzmärkte, die der sozialistische Präsident Ricardo Lagos mit großer Befriedigung und Genugtuung unterzeichnet. Chile ist weiterhin das globalisierungsfreundlichste Land des Kontinents; das hat sich seit der Diktatur nicht geändert.

"Die (mitte-links) Koalition sah keine andere Möglichkeit, als die liberale Wirtschaftspolitik (Pinochets) fortzuführen", erklärt der Soziologe Tomas Moulian, Autor des Bestsellers "Chile Aktuell: Anatomie eines Mythos". Zum einen wollte man die Militärs nicht herausfordern, zum anderen hatte das neoliberale Modell auch Errungenschaften mit sich gebracht. Der Erfolg neuer Wirtschaftszweige wie Weinanbau, Holzwirtschaft und Lachszucht zeigten, daß Chile international konkurrieren konnte.

Nichtsdestotrotz wurden seit 1990 viele Maßnahmen der Pinochet-Zeit reformiert, umgebaut und neue Programme aufgelegt. Eine der Hauptziele ist die Reduzierung der **sozialen Ungleichheit**, die sich unter Pinochet extrem verschärft hatte. 1973 erzielte das reichste Fünftel der Bevölkerung pro Kopf dreizehn mal so viel an Einkommen wie das ärmste Fünftel. 1990 hatte sich der Faktor auf zwanzig erhöht. Nach 13 Jahren Demokratie steht die Relation heute bei siebzehn; die Tendenz ist allerdings wieder steigend.

Laut Moulian ist die **Lebensqualität** vieler Chilenen in den vergangenen 30 Jahren nicht gestiegen. Zwar haben sie mehr Zugang zu Konsumgütern wie Fernsehern, Waschmaschinen, Computern und Handys, aber der Preis ist hoch. Arbeitstage von zwölf Stunden sind normal, ebenso wie mehrstündige Arbeitswege. Das Gehalt reicht in der Regel trotzdem nicht, deswegen wird vom Supermarkteinkauf bis hin zur Anschaffung eines Haustiers sehr häufig auf Raten bezahlt.

Das zweite strukturelle Problem, das die Regierung zu lösen versucht, ist die **Export-Abhängigkeit Chiles vom Kupfer**. Die Pinochet-Regierung hatte bereits damit begonnen, die Exporte zu diversifizieren. Doch Kupfer macht auch heute noch knapp die Hälfte des Exports aus. Schwankungen im Weltkupferpreis haben erhebliche Auswirkungen auf die Staatseinkünfte und das Wirtschaftswachstum. Moulian fragt dazu: *"Wie können wir uns modern nennen, wenn wir hauptsächlich Kupfer und Früchte exportieren?"*

Die viel gelobte Modernisierung unter Pinochet hat zwar eine neue Unternehmerklasse hervorgebracht und einige Großunternehmen international wettbewerbsfähig gemacht. Auch steht Chile im lateinamerikanischen Kontext wie ein Sieger dar. Mit den Freihandelsabkommen erhält das Land nun zusätzlich privilegierten Zugang zu den wichtigsten Weltmärkten. Doch ein Großteil der chilenischen Unternehmen ist weiterhin ineffizient und die Arbeitskräfte sind unqualifiziert. Um die Chancen zu nutzen, bedarf es weiterer, andere Reformen. Eine Studie der chilenischen Zentralbank vom vergangenen August forderte bessere Ausbildung und verstärkte Einführung von modernen Technologien. Damit könne man das Wirtschaftswachstum um anderthalb Prozent anheben. Der Name dieser neuen Therapie: **"Produktivitätsschock"**!

IV. Sozialpolitik ab 1990

Primäre Anstrengungen für die Zivilregierungen ab 1990 galten einer verstärkten Sozialpolitik, die in erster Linie Wert auf die **Verbesserung der Lage der Ärmsten** legte. Die wichtigsten Instrumente zur Verminderung der Armut sind

- die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt,
- eine angemessene Entlohnung, d.h. eine Steigerung des Mindestlohnes über die "Armutslinie" hinaus und damit eine gerechtere Verteilung der Früchte des Wirtschaftswachstums,
- eine Verbesserung der Qualität im Erziehungswesen und des Zugangs zu Aus- und Fortbildung sowie
- Reformen im Gesundheitswesen und bei den Sozialversicherungsträgern.

Zur Reduzierung der Armut erhöhte die Regierung die Sozialausgaben erheblich, insbesondere im Wohnungs-, Erziehungs- und Gesundheitsbereich. Die Finanzierung der Sozialpolitik wurde vor allem durch die **Steuerreform von 1990** ermöglicht. Die Besteuerung gilt zur Zeit in Chile als das geeignete Mittel, einen Ressourcentransfer zugunsten der Armen zu erreichen. Die Steuerreform wurde von der Regierung als erster Schritt auf dem Weg zu einer gleicheren Einkommensverteilung betrachtet. Sie bestand in der Anhebung der Unternehmensgewinnsteuern von 10 % auf 15 % und in der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16% auf heute 19%.

Während die Erfolge der Regierung des Christdemokraten **Patricio Aylwin Azócar** (1990-1994) vor allem im Wiederaufbau eines demokratischen Systems lagen, suchte die Regierung des Christdemokraten **Eduardo Frei Ruiz-Tagle** (1994-2000) ihre großen Aufgaben eher im sozioökonomischen Bereich:

- a) Konsolidierung des Wirtschaftswachstums,
- b) Beseitigung der extremen Armut,
- c) Modernisierung der Arbeitsverhältnisse,

- d) Aufbau eines effizienten Gesundheits- und Erziehungswesens und
- e) Eingliederung Chiles in die internationale Staatengemeinschaft.

Zusätzlich versuchte die Regierung nach dem Motto: "Crecimiento con Equidad" (Wachstum mit mehr Verteilungsgerechtigkeit) das Marktprinzip mit "equidad social" (sozialer Gerechtigkeit) zu kombinieren. Frei wollte die extreme Armut der unteren Bevölkerungsschichten beseitigen und somit die Tradition der christlichen Sozialpolitik seines Vaters (Eduardo Frei Montalva, 1964-1970) fortsetzen.

In seiner Rede zum 21. Mai 2003 sprach der sozialistische Präsident **Ricardo Lagos** (seit 2000) von dem Beginn *"einer neuen Etappe in der Sozialpolitik"*, die mit einer tiefgreifenden Umgestaltung von Rechten und Ansprüchen sowohl für die Armen als auch für die Mittelklasse einhergeht. In diesem Zusammenhang wurde von Politikern aus allen Parteien die Ankündigung eines "Familien-Bonus" für mehr als 850.000 Familien, die in äußerster Armut leben, als durchweg positiv bewertet. Mit Hilfe eines finanziellen Unterstützung-Systems mit dem Namen "Chile solidario" soll bedürftigen Familien monatlich ein staatlicher Zuschuss von 10.500 Pesos (ca. 12 Euro) gewährleistet werden. Zusätzlich haben die Familien Recht auf Zuschüsse zu den Kosten für fließendes Wasser und können darüber hinaus eine staatliche Unterstützung für jedes ihrer Kinder einfordern. Mit dieser Hilfe könnten auch die ärmsten Familien einen relativ bescheidenen Lebensstandard erreichen und den Bereich der extremen Armut für immer verlassen, betonte Lagos nachdrücklich.

Darüber hinaus sehe die Regierung vor, ab nächstem Jahr mit dem Bau von 25.000 Sozialwohnungen zu beginnen, mit der Absicht, den mehr als 17.500 Menschen, die derzeit in menschenunwürdigen Bedingungen in mehr als 160 verschiedenen Notlagern (Campamentos) lebten, ein Dach über dem

Kopf zu verschaffen. Bis zum Jahr 2006 soll der Bau der Sozialwohnungen beständig erhöht werden, mit der Absicht, bis zum Ende der Regierungszeit 2006 die Campamentos gänzlich abzuschaffen. Neben der Umsetzung des Plan Auge (Gesundheitsreform) ist dies wohl eines der ehrgeizigsten Ziele der Regierung.

V. Soziale Marktwirtschaft und Katholische Soziallehre

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine gesellschaftspolitische Konzeption, die u. a. von **Alfred Müller-Armack** und **Ludwig Erhard** entwickelt, ab 1948 in der Bundesrepublik eingeführt und Schritt für Schritt verwirklicht und fortentwickelt wurde. Sie fußt auf dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule, wonach es Aufgabe des Staates ist, eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung zu gewährleisten. Darüberhinaus aber hat der Staat durch geeignete Maßnahmen auf bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Ziele hinzuarbeiten, wie

- aktive Arbeitsmarkt-, Vermögens-, Wohnungsbau- und Bildungspolitik,
- Gewährleistung einer sozialen Ausgestaltung der Unternehmensverfassung und
- Bereitstellung der notwendigen materiellen und immateriellen Infrastruktur für die wirtschaftliche und sozio-kulturelle Entwicklung.

Damit versucht das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft Forderungen des **Liberalismus**, der **christlichen Soziallehre** und **sozialdemokratischen Programmatik** in sich zu vereinen. Im Unterschied zu allen Forderungen, soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung vorhandener Einkommen zu erreichen, legt die Soziale Marktwirtschaft besonderen Wert darauf, daß die

Aufteilung der Einkommens- und Wohlstandszuwächse nach Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit erfolgt. Ziel muß es also sein, möglichst schnell möglichst große Wohlstandszuwächse zu erreichen, um sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen am Wirtschaftserfolg spürbar teilhaben zu lassen.

Die **christliche Soziallehre**, wie sie in den Katholischen Sozialenzykliken und evangelischen Denkschriften niedergelegt wurde, sind Ausdruck des besonderen Anspruchs der christlichen Kirchen, sich zu Gegenwartsfragen zu äußern und Einfluß auf die allgemeinpolitische und gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen. In Lateinamerika hat insbesondere die katholische Soziallehre das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Denken beeinflusst.

Die kirchlichen Verlautbarungen sind grundsätzlich kompatibel mit unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen. Die Soziale Marktwirtschaft stellt nur eine von mehreren Möglichkeiten dar, eine freiheitliche und menschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen. Das bedeutet aber nicht, daß jedes mögliche Wirtschaftssystem für den Christen beliebig und annehmbar sei. Die Katholische Soziallehre ist mit der Sozialen Marktwirtschaft eng verwandt. Ihre wirtschaftlichen Leitlinien (die Rolle der Freiheit, das Privateigentum, der Wettbewerb, Rolle der Unternehmer, die Mitbestimmung, die Bedeutung und der Wert menschlicher Arbeit), die vor allem in den sozialen Enzykliken ihren Niederschlag finden, führen zu einem Wirtschaftssystem, das dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entspricht.

Außerdem gehen die Väter der Sozialen Marktwirtschaft von einer Reihe ethischer und anthropologischer Prämissen aus, die mit jenen der Katholischen Soziallehre übereinstimmen. Zwischen beiden gibt es tragfähige **Gemeinsamkeiten**

- die Kritik am Altliberalismus und Kollektivismus,
- die anthropologische und ethische Orientierung und
- die Schlüsselrolle der sozialen Gerechtigkeit.

Letztere wird von den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur als nachträgliches Korrektiv der unerwünschten Ergebnisse des Marktes angesehen, sondern als ein Ziel, das grundlegend für eine humane Wirtschaftsordnung ist.

VI. Soziale Marktwirtschaft als Option für die Armen

Als **Papst Johannes Paul II** 1987 Chile besuchte, berührte er einen wunden Punkt, als er das *"Drama der extremen Armut"* bzw. *"die Herausforderung des Elends"* ansprach. *"Die Armen - sagte er - können nicht warten"*, denn diejenigen, die *"hinter der Unpersönlichkeit der Statistik"* stehen, leiden an einer *"unbeschreiblichen konkreten Armut und Randexistenz"*. Mit dieser Analyse der realen Situation forderte er die Chilenen auf, schnelle und wirksame Maßnahmen zugunsten der Besitzlosen zu ergreifen, da man sie nicht weiter vertrösten könne, *„bis als Folge eines allgemeinen Wohlstands der Gesellschaft auch für sie eine Erleichterung eintritt“*.

Obgleich Chile im Vergleich zu den anderen Ländern Lateinamerikas eine stabile Wirtschaftsentwicklung vorweist, bleiben noch ungelöste gesellschaftliche Probleme und soziale Spannungen. Laut einer Studie des christdemokratischen **Planungsminister Andrés Palma Irrarrázaval** (Juli 2003) hat sich der Anteil der Armen in Chile von 1990 bis 2000 von 38,6 % auf 20,6 % halbiert. Trotzdem ist nicht daran zu zweifeln, daß die

fortdauernde Kluft zwischen Arm und Reich ein Zeichen für einen Mangel an sozialer Gerechtigkeit darstellt.

In diesem Zusammenhang stellt die vorrangige Option für die Armen eine zentrale Aufgabe dar. Johannes Paul II. hat deutlich gemacht, daß diese Herausforderung in der Wirtschaft als praktizierte Solidarität aufgegriffen werden sollte. *"Ich möchte", so der Papst, "diese ethische und personale Dimension der die Wirtschaft bewegenden Kräfte unterstreichen. Mein Aufruf gewinnt daher die Form eines moralischen Imperativs: seid über alles hinweg solidarisch!"* Ebenso rief Johannes Paul II. die *"Baumeister der Gesellschaft"* dazu auf, eine *"Wirtschaft der Solidarität"* für den gesamten Kontinent aufzubauen.

Das bedeutet eine Wirtschaftsordnung, die nicht nur ökonomische Kräfte freisetzt, sondern die gewonnene Energie auch dazu nutzt, auf mehr Chancengleichheit hinzuwirken und auf diese Art und Weise negative Folgen des Marktes durch ein dichtes Netz von Sozialleistungen abzufedern. Es genügt nicht, im Sinne der Politik des "trickle down" nur den Aufbau einer effizienten Marktwirtschaft zu verfolgen, um die Armut erfolgreich zu bekämpfen. Im Vordergrund steht die Frage, inwiefern das Modell einer Sozialen Marktwirtschaft dem Anliegen des Solidaritätsprinzips förderlich ist, ohne die Leistungsfähigkeit zu opfern?

Im heutigen Chile gewinnt das System der "Sozialen Marktwirtschaft" zunehmend an Bedeutung. Im Mittelpunkt der politischen und wirtschaftlichen Debatte in Chile steht die Frage, inwieweit ein Wirtschaftssystem, das Leistungsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit verbindet, erfolgreich die Armut bekämpfen kann und gleichzeitig mittel- und langfristig zu einer nachhaltigen Wohlstandssteigerung führt. Die Kernfrage lautet, wie kann die von der Katholischen Soziallehre viel zitierte Option für

die Armen im sozioökonomischen Bereich umgesetzt werden bzw. wie kann man eine solidarische Wirtschaftsordnung einführen, die das Effizienzgebot der Marktsteuerung berücksichtigt, und zugleich die Milderung der sozioökonomischen Ungleichheiten und eine gerechte Verteilung der Güter gewährleistet.

Erstrebenswert scheint eine Wirtschaftsordnung, die auf eine integrale Vision des Menschen und nicht dessen Reduzierung auf den Homo oeconomicus setzt. Dieses Wirtschaftssystem sollte den Bedürfnissen aller gesellschaftlichen Schichten der Bevölkerung und nicht nur den Interessen einzelner Gruppen dienen. Anvisiert wird hiermit eine *"bewußt sozial gesteuerte Marktwirtschaft"* (Alfred Müller-Armack), bei der das soziale Element wesensbestimmend ist und nicht etwa nur in nachträglichen Korrekturen hinzugefügt wird.

Die Soziale Marktwirtschaft bildet unter den gegenwärtigen Umständen eine echte Option. Um diese These zu belegen, kann man folgende Aspekte herausstellen:

- a) Die Bundesrepublik Deutschland präsentiert sich in Chile nach wie vor als **erfolgreiches wirtschaftspolitisches Modell**, d.h. als eine gelungene Synthese zwischen rechtsstaatlich garantierter wirtschaftlicher Freiheit und den sozialstaatlichen Postulaten wie soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich. Sie ist nicht einfach bloß *"ein Verbundsystem von Marktwirtschaft und Sozialpolitik (...)*. Sie zielt vielmehr auf die *Integration der Marktwirtschaft in eine Wirtschaftspolitik zur bewußt sozialen Steuerung des Marktes. Dabei wird die Sozialordnung nicht als ein der moralischen Beruhigung dienendes Anhängsel oder gar als Reparaturwerkstatt der Wirtschaft*

begriffen, sondern als ein wichtiges, konstitutives Element der gesamten integrierten Ordnung". (Alfred Müller-Armack)

- b) Als zweiter Aspekt muß festgehalten werden, daß die **Soziale Marktwirtschaft keine starre Wirtschaftsordnung**, sondern ein evolutives, dynamisches und flexibles Modell ist. Ihre Umsetzung paßt sich den ständig verändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen an.
- c) Als dritter Punkt verdient Beachtung, daß die Soziale Marktwirtschaft nicht nur als ein Mix wirtschaftspolitischer Ziele und Instrumente aufzufassen ist, sondern vielmehr als ordnungspolitische Idee im Rahmen einer gesellschaftlichen Gesamtordnung. Sie könnte als **"Stilform des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens"** (Müller-Armack), als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnungstypus einer freiheitlichen Gesellschaft bezeichnet werden.
- d) Schließlich muß der **ethische und anthropologische Charakter** der Sozialen Marktwirtschaft hervorgehoben werden. Dessen Zielsetzungen bestehen nicht nur in materiellen, sondern auch in sittlichen Werten, wobei der Mensch im Mittelpunkt des sozioökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Lebens steht.

Die Soziale Marktwirtschaft stellt also eine Option für die Armen in dem Maße dar, als sie durch ein stabiles Wirtschaftswachstum und gleichzeitig durch sozialen Fortschritt den Armen von wenig menschlichen zu menschlicheren Lebensbedingungen verhilft. Sie bildet eine gelungene Option, weil sie nicht nur Wohlstandsmehrung ermöglicht, sondern auch, weil sie ein effizientes Organisationsmittel gegen die Arbeitslosigkeit und die Armutsbekämpfung ist. Sie ist das Modell, das am ehesten mit der christlichen Ethik und dem christlichen Menschenbild in Einklang stellt.

Auf die Frage, ob aus christlicher Verantwortung heraus, eine Soziale Marktwirtschaft in Chile befürwortet werden kann, lautet die Antwort: Ja, die Chilenen sollten eine Soziale Marktwirtschaft bejahen, entwickeln und vertiefen. Sie bildet eine für Chile akzeptable Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Kritisch sollten sie bei Vergleichen mit der Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft seit 1948 in der Bundesrepublik die Fortentwicklung des Sozialstaates zum Wohlfahrtsstaat ab der 2. Hälfte der sechziger Jahre sehen. In der Folgezeit sind die sozialen Ansprüche gegenüber Staat und Wirtschaft immer weiter gewachsen, was zu Überforderungen führte. Dies wurde Deutschland durch die Anforderungen der Wiedervereinigung und durch die verschärfte Konkurrenz der Globalisierung drastisch verdeutlicht und zwingt nun zu schmerzlichen Einschnitten und Rückführungen, um die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft wiederherzustellen.

VII. Langfristige Ordnungspolitik

Als Bundeskanzler **Helmut Kohl** 1991 Chile besuchte, lobte er die Entwicklung des Landes, insbesondere die wachsende wirtschaftliche Leistungskraft. Er wies darauf hin, daß in Chile eine Soziale Marktwirtschaft praktiziert werde, die ein **Modellfall für viele lateinamerikanische Länder** sein könne. Im gleichen Jahr anlässlich des Besuchs von **Präsident Aylwin** in Bonn wiederholte der Bundeskanzler, daß Chile „*ein Symbol der Hoffnung in Lateinamerika (sei)*“.

Inwieweit kann heute von der Realisierung einer Sozialen Marktwirtschaft in Chile die Rede sein? Chile findet sich in einem politisch und sozioökonomisch langwierigen Prozeß. Die Demokratie und die

Wirtschaftsordnung scheinen sich zu konsolidieren. Der Konsens über die Eckwerte der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in Chile größer als in anderen lateinamerikanischen Ländern. Die Bedingungen für die Durchsetzung einer Sozialen Marktwirtschaft sind günstig. Es besteht Privateigentum, freier Marktzugang, Vertragsfreiheit, Geldwertstabilität sowie Weltmarkt-orientierung. Die Demokratie hat sich durchgesetzt. Regierung und Opposition sind sich einig, daß der Staat nicht nur für Frieden und Ordnung im Innern sorgen muß. Er soll auch mit einem umfassenden System staatlicher Sozialversicherungen bei der Daseinsfürsorge helfen und eine menschenwürdige Sozialordnung gestalten. Die Umsetzung einer "Wirtschaft der Solidarität" ist aber in Chile kein leichtes Vorhaben. Es bleibt im Land ein weites **Feld von Hindernissen** für die Realisierung der Sozialen Marktwirtschaft

- a) Eine sozialverpflichtete Marktwirtschaft setzt ein **solidarisches Ethos** voraus, das in Chile nicht sehr entwickelt ist.
- b) Einerseits wird nach der Rückkehr zur Demokratie der Konsens über eine Soziale Marktwirtschaft begünstigt, weil sich die Regierung und auch die Opposition einig sind, eine Sozialpolitik durchzuführen, ohne die Marktwirtschaft zu schwächen. Andererseits aber leidet der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ unter einer schweren Hypothek, weil die Militärregierung ihn verwendet hat und sehr häufig mit der Wirtschaftspolitik Pinochets gleichgesetzt wird. Der Mißbrauch des Begriffs führt bis heute dazu, daß sowohl die Mehrheit der Christdemokraten als auch das Episkopat nicht von „Sozialer Marktwirtschaft“ sprechen. Kirchliche Vertreter tun sich selbst mit der Befürwortung der Regeln der Marktwirtschaft schwer.

Die gegenwärtige Stellung der Kirche Chiles zur Marktwirtschaft ist zwiespältig: Zum einen kritisiert sie den marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismus ohne anzuerkennen, in welchem Maße die Marktwirtschaft zum Wohle der Armen beiträgt. Zum anderen fordert sie die stärkere Berücksichtigung der sozialen Belange. Die Option für die Armen kann nicht gegen den Markt durchgeführt werden. Es sind gerade nicht die Wohltätigkeitseinrichtungen oder die Vorsorgemaßnahmen, sondern Wirtschaftswachstum hervorgerufen durch Privateigentum, Investitionen, Wettbewerb und außenwirtschaftlicher Integration, das zur Beseitigung der Armut führt.

- c) Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich immer noch in den Händen **weniger Wirtschaftsgruppen**.
- d) Die **Armut** bleibt nach wie vor das größte Problem Chiles. Seit drei Dekaden hatte ihre Bekämpfung die höchste Priorität der jeweiligen Regierungen. Diese Anstrengungen tragen seit Anfang der 90er Jahre Früchte. Zwanzig Prozent der Bevölkerung lebt immer noch unterhalb der Armutsgrenze. Die Chancengleichheit ist weit entfernt von ihrer Realisierung. Eine umfassende soziale Sicherung gibt es nach wie vor noch nicht.
- e) Ferner ist Chile nicht frei von **inneren Spannungen**. Fortdauernde gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit des Pinochet-Regimes halten an. Eine der größten «Wunden» des Landes sind zweifelsohne die unterschiedlichen Positionen innerhalb der chilenischen Gesellschaft zu den Ereignissen des 11. Septembers 1973 und des darauf folgenden Militärregimes. Anstatt entschieden einen Weg der Versöhnung einzuschlagen, wurde der 30. Jahrestag 2003 von vielen Politikern und vor allem von den

Medien zum Anlaß genommen, Salz in die «offene gesellschaftliche Wunde» zu streuen.

- f) Trotz der Reformen des **Arbeitsrechts** unter Präsident Aylwin gibt es im Land keine Sozialpartnerschaft. Nur ein Teil der chilenischen Unternehmer erkennt die Gewerkschaften als legitime Gesprächspartner an.

Zusammenfassend kann man sagen, daß eine **sozialverträgliche Entwicklungsstrategie** folgendes impliziert:

- ein anhaltendes Wirtschaftswachstum,
- eine gezielte Sozialpolitik,
- eine gleichere Verteilung des Reichtums und des Vermögens.

Die chilenische Erfahrung hat deutlich gezeigt, daß diese drei entscheidenden Aspekte nur im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft auf adäquate Weise verwirklicht werden können. Die bitteren Erfahrungen mit der zentralistischen und der monetarischen Wirtschaftspolitik, die Chile unter **Salvador Allende Gossens** (Präsident 1970-73) und dann unter Pinochet machen mußte, bewirken heute, daß sowohl **die Regierung als auch die Opposition eine Soziale Marktwirtschaft anstreben. Obwohl einige wichtige Fortschritte in dieser Hinsicht erzielt worden sind und bessere Rahmenbedingungen als früher zur Realisierung einer Sozialen Marktwirtschaft existieren, gibt es noch viel zu tun, bevor das jetzige Wirtschaftssystem Chiles als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet werden kann.**

Die Einführung einer Sozialen Marktwirtschaft kann nicht als Rezept zur kurzfristigen Lösung der drängenden sozioökonomischen

Gegenwartsprobleme verstanden werden. Sie ist kein Patentrezept, kein Allheilmittel und daher kann man kein "Wunder" von heute auf morgen von ihr erwarten. Sie kann nicht in kurzer Zeit Wohlstand für alle schaffen, soziale Gerechtigkeit herbeiführen, Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Arbeitswilligen bereitstellen, den technischen Rückstand überwinden und die Abhängigkeit vom Ausland beseitigen. Sie stellt trotzdem eine mittel und langfristig gangbare ordnungspolitische Konzeption für Chile dar.

Chile ist auf dem Weg zu einer Sozialen Marktwirtschaft. Dies kann auch nur der chilenische Weg sein. Er kann und wird nur erfolgreich sein, wenn er entschlossen und nachhaltig gegangen wird, angepaßt an die sich verändernden Bedingungen im Lande, dem südamerikanischen Kontinent und der globalisierten Weltwirtschaft. Dabei darf die ständige Rückbesinnung auf die Grundprinzipien und die elementaren Triebkräfte der Sozialen Marktwirtschaft nicht verloren gehen.